

Von: Fritz Baumgartner <baumgartnerfritz@aon.at>
Gesendet: Mittwoch, 11. Dezember 2019 04:32
An: Fritz Baumgartner
Betreff: "Tiefe Besorgnis": Polen bekräftigt Kaufwillen für ehemaliges KZ in Gusen - OÖN v. 11.12.2019

zur info.

fritz baumgartner, 11 dez 19

"Tiefe Besorgnis": Polen bekräftigt Kaufwillen für ehemaliges KZ in Gusen

11. Dezember 2019 00:04 Uhr



Das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Gusen I heute.
Bild: Alexander Schwarzl

LANGENSTEIN. Polnische Botschaft sieht sich mit "Notwendigkeit von Sondermaßnahmen" konfrontiert.

Für Polen galt es bisher als das "absolut letzte Mittel". Nun sehe man sich aber mit der "Notwendigkeit von Sondermaßnahmen" konfrontiert. Die polnische Botschaft fand in einer gestrigen Stellungnahme deutliche Worte. Die Besorgnis, dass sich Österreich nicht würdig an die zahlreichen Opfer des ehemaligen Konzentrationslagers in Gusen erinnert, sei groß. Mindestens 27.000 Polen starben dort qualvoll.

Wie berichtet, hatte Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki angekündigt, [Teile des ehemaligen KZ Gusen in der Gemeinde Langenstein \(Bezirk Perg\) kaufen zu wollen](#). "Wir können nicht erlauben, dass dieser Ort eines früheren Vernichtungslagers in einen Ort verwandelt wird, der des Gedenkens nicht würdig ist", sagte der Premier.

[Was vom Konzentrationslager Gusen I übrig blieb](#)

Brief ehemaliger Häftlinge

Gestern bekräftigte Polen seine Bereitschaft, die Grundstücke, auf denen sich die Überreste des Lagers befinden, den privaten Besitzern abzukaufen.

"Polen lädt andere Herkunftsländer der Opfer sowie europäische und internationale Institutionen ein, sich dieser Initiative anzuschließen", heißt es in der Stellungnahme. Auch das Internationale Mauthausen Komitee soll eingebunden werden. Die Initiative gehe auf die tiefe Besorgnis über die "mangelnden Fortschritte" und die "Aufschiebung" der Entscheidung der österreichischen Behörden zurück. Die Frage des Kaufs von Grundstücken und Lagerüberresten werde "seit Jahrzehnten" ohne sichtbare Ergebnisse diskutiert.

Als die Grundbesitzer im Jahr 2018 ihre Verkaufsbereitschaft signalisierten, zeigte zwar auch die Republik Österreich Interesse. Die Entscheidung fiel vorerst allerdings auf eine Machbarkeitsstudie. Seitdem werden, wie es aus dem Innenministerium hieß, "mögliche Optionen" geprüft.

2018 richteten sich auch ehemalige Gefangene des Konzentrationslagers Gusen an die Republik Österreich. In einem Brief appellierten sie an Österreich, die Grundstücke, auf denen sich die Überreste des Lagers befinden, so schnell wie möglich zu kaufen. Diese wichtigen Zeugnisse der Geschichte seien trotz vieler Bemühungen immer noch in Privatbesitz und würden vor aller Augen zerfallen.

Bei den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung sei es nicht möglich gewesen, den Opfern auf dem ehemaligen Appellplatz in Gusen zu gedenken. "Den Zugang versperrte uns eine geschlossene Schranke mit der Aufschrift ‚Zutritt verboten‘", heißt es in dem Brief. "Wie schmerzhaft ist dies für uns!" An die Opfer erinnerten sich die Überlebenden trotzdem: "Sie legten die Hand auf die Zufahrtsstraße des Firmengeländes. Dort begann damals der Appellplatz", sagt Martha Gammer vom Gedenkdienst-Komitee Gusen.

Polen wolle nun "handeln, um die wichtigen Zeugnisse der Geschichte für die Nachwelt zu erhalten", heißt es seitens der polnischen Botschaft. Man sei weiterhin davon überzeugt, dass die Angelegenheit im Geiste der gegenseitigen Zusammenarbeit und des Verständnisses gemeinsam mit Österreich gelöst werden könne. Das sei man den Opfern schuldig.